Nr. 195. Dienstag, den 28. August 1906. 5. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., f. Oesterr. 2 Kr 55 h (ohne Bestellgeld). Bei all. anb. Postanstalten u. Zeitungsspedit. Einzelnummer 10 Pf. Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die 6gespalt. Petitzeile oder deren Raum mit 15 ₰, Reklame m. 50 ₰ die Zeile, bere. An., b. Wiedrh. bedeut. Rabatt. Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Gillnitzer Straße 43. — Fernsprecher Nr. 1866.

Eine Reichskanzlerkrisis?

Der deutsche Botschafter in Madrid, Herr von Radowitz, erschien dieser Tage beim Kaiser auf der Wilhelmshöhe und sofort knüpften einige Blätter an diese Meldung die weitere, daß es sich um die Berufung des Herrn von Radowitz in ein hohes Amt in Berlin handle. Da gleichzeitig gemeldet wurde, Erbprinz Hohenlohe sei amtsmüde, war schon für einen Nachfolger in Madrid gesorgt. Aber was sollte Radowitz in Berlin werden? Alle Stellen sind besetzt, einen Ministerposten könnte er nicht erhalten, also bleiben für solche Konjekturalpolitiker nur zwei Auswege, entweder wird Radowitz Reichskanzler oder der Reichskanzler sucht sich eine Entlastung, indem er das preußische Ministerpräsidium abgibt, wie es Bismarck eine Zeitlang an Graf Roon und Caprivi an Graf Eulenburg abtrat. Mit dem Bekanntwerden solcher Nachrichten ist natürlich der Kannengießerei ein weites Feld geöffnet.

Zu einem Rücktritt des Fürsten Bülow liegt vorerst kein Grund vor, falls seine Gesundheit standhält. Man hat in der letzten Zeit zwar allerlei hierüber gehört, aber die Tatsache, daß er weite Reisen zum Kaiser ausführt, daß er alle Amtsgeschäfte übernommen hat, spricht für eine völlige Wiederherstellung; freilich ist fraglich, ob die Gesundheit auch unter der Last des Wirkens standhält. In politischen Kreisen der Reichshauptstadt ist es längst ein offenes Geheimnis, daß die Fürstin Bülow sehr lebhafte Besorgnis um ihren Gemahl hegt und schon seit geraumer Zeit auf einen Abschied hinarbeitet; nachdem der Reichskanzler die hohe Erbschaft von einem Hamburger Verwandten gemacht hatte konnte die Fürstin noch entschiedener ihren Wunsch vertreten. Fürst Bülow ist dagegen der Ansicht, daß er seine Kräfte dem Reiche zu widmen habe und konnte bisher alle Bedenken seiner Gattin zerstreuen.

Freilich hat sich in der letzten Zeit ein Zwischenfall vollzogen, der große politische Konsequenzen haben kann, wir meinen die Auseinandersetzungen zwischen der „Nordd. Allg. Zeitg." und dem „Berl. Lokalanz.", mit anderen Worten: Das Duell Bülow-Podbielsky. An diesen bekannten Auslassungen war bemerkenswert, daß der halbamtliche „Lokalanzeiger" sich gegen Fürst Bülow auf die Seite Podbielskys stellte, daß er somit die Position des letzteren für stärker hielt, als die des Reichskanzlers, aber wir glauben, daß hierin das offiziöse Blatt getäuscht worden ist. Noch auffallender jedoch ist die andere Tatsache, daß hier über die einzelnen Stadien der Entlassung eines Ministers in amtlichen Blättern berichtet worden ist; wir können uns nicht erinnern, daß sich jemals sonst ein solches ereignet hat. Die offiziöse Auslassung sprach sehr scharf von der „Entlassung Podbielskys", also nicht von einer Genehmigung des Abschiedsgesuches. Fürst Bülow wußte wohl, weshalb er seinen Preßgeheimrat so scharf vorgehen ließ, der gute „Pod" hatte eben eine sehr gefestigte Position, die zu nehmen keine Kleinigkeit ist. Aber schließlich steht die Sache so: Bülow oder Podbielsky; wir glauben deshalb auch vorerst nicht an einen Bülow und Podbielsky. Allerdings, wenn Podbielsky bleiben würde, könnte er im Herbste auch den Fürsten Bülow mit hinunterreißen, weil dann niemand daran glaubt, daß es mit der Reinigung der Kolonialabteilung ernst ist, auch haben die beiden Staatsmänner sich zu sehr engagiert in der Presse, als daß sie noch eine einheitliche Politik treiben könnten.

Nun sagen freilich manche, daß auch Fürst Bülow abgehe, Radowitz werde sein Nachfolger. Wir glauben vorerst nicht an diese Meldungen. Radowitz machte die übliche Visite beim Kaiser, die jeder Botschafter ausführt, wenn er deutschen Boden betritt. Herr von Radowitz hat gewiß in Algeciras unsere Sache gut vertreten; er stieg auch sehr in der kaiserlichen Gunst, die ihm den Schwarzen Adlerorden einbrachte. Früher urteilte man ganz anders über ihn. Fürst Bismarck hielt Radowitz für einen unserer besten Diplomaten, für ein Genie, aber er war manchen Kreisen zu katholisch. In Konstantinopel erfüllte er seine Aufgaben mit sehr viel Geschick, als er plötzlich wider seinen Willen nach Madrid versetzt wurde, wo er seit zehn Jahren das Reich vertritt; er ging höchst ungern dorthin, hat sich aber mit der Zeit daselbst eingewöhnt. Man erzählt sich in eingeweihten Kreisen, daß seine Ratschläge über unsere Auslandspolitik in Berlin nur selten Beachtung fanden; jetzt bedauert man dieses sehr, wo wir ziemlich isoliert sind.

Wenn wir den Meldungen über die Kanzlerkrisis auch nicht so viel Gewicht beilegen, wenn wir diese auch für unbegründet halten, so darf man doch überzeugt sein, daß die kommenden Tage uns manche Ueberraschung bringen werden. Die Sitzung des preußischen Gesamtministeriums, die in dieser Woche stattfindet, wird wichtige Entscheidungen im Gefolge haben, man wird schon aus der Abwesenheit des einen oder anderen Ministers seine Schlüsse ziehen können und müssen. Es bedarf einer festen Hand, um das in weiten Kreisen bestehende Mißtrauen zu bannen und der Regierung jenes Vertrauen wiederzugeben, das sie für die Leitung der Geschäfte bedarf. Fürst Bülow hat bisher als seinen ersten Grundsatz proklamiert: „Nur keine inneren Krisen!" Jetzt scheint er selbst einzusehen, daß es so nicht weiter geht, daß das System der Vertuschung die erste Folge dieses Satzes ist. Wo sich Fäulnis angesetzt hat, muß geschnitten werden und zwar tief, bis alles schlechte Blut entfernt ist. In der Kolonialabteilung aber ist dies nicht der Fall, da sitzen noch alle jene Geheimräte, die sich im Reichstage so bittere Wahrheiten sagen lassen mußten. Wann endlich werden diese entfernt werden, wenn sie nicht freiwillig abgehen? Es heißt: im nächsten Frühjahr; wir sind der Ansicht, daß dies zu spät ist und die parlamentarische Winterkampagne wird uns recht geben.

Bombenattentat auf Stolypin.

Die Revolutionäre haben am Sonnabend auf den russisch. Ministerpräsidenten ein Attentat ausgeführt, das zahlreiche Menschenopfer forderte. Die Täter trafen in der vierten Nachmittagsstunde in einem offenen Wagen vor dem Hause Stolypins ein; da die Besucherliste bereits geschlossen war, wollte die Dienerschaft sie nicht durchlassen. Darauf versuchten sie mit Gewalt in das Zimmer einzudringen, das neben dem Empfangssaal lag, und in dem zahlreiche Gäste den Minister erwarteten. Bei dem Handgemenge mit der Dienerschaft ließ der eine der Eindringlinge, der die Uniform eines Gendarmerieoffiziers trug, eine Bombe fallen, die mit großer Gewalt explodierte. Durch die Stärke der Explosion wurde das Vorzimmer, in dem die Bombe explodierte, das diesem benachbarte Zimmer und teilweise auch der Empfangssaal vernichtet, ebenso auch das Vestibül, die Freitreppe und der Balkon des zweiten Stockwerkes. Der Minister, der in seinem Arbeitszimmer empfing, blieb unversehrt. Seine Tochter und sein Sohn, die sich auf dem Balkon aufhielten, wurden verletzt; beide Kinder wurden nach dem Hospital gebracht. Die Gesamtzahl der Opfer beläuft sich auf nahezu 60 Personen, von denen 30 getötet sind. Unter den Toten befindet sich das Mitglied des Ministerrates Chwostow. Von den Tätern sind drei durch die Explosion getötet worden, der vierte ist verhaftet. Getötet sind außerdem General Samjatin, Zeremonienmeister Woronin und Chwostow, auch Fürst Nakaschidze, der Hauptmann der Gendarmerie Fedorow, der Polizeibeamte Kasantzew, sowie Wachen, Diener und Boten. Verwundet sind 25 Personen, darunter zwei Ministerialbeamte und ein General der Artillerie. Das Gebäude ist schrecklich zugerichtet. Die Feuerwehrleute sind mit Bergungsarbeiten beschäftigt. Sofort nach der Katastrophe statteten der Marineminister, die Großfürsten und die Mitglieder des diplomatischen Korps dem Minister Stolypin Besuche ab.

Durch die angestellten Untersuchungen ist ermittelt worden, daß die Täter mit der Nikolaibahn aus Moskau in Petersburg eingetroffen sind und sich in der Morskajastraße möblierte Zimmer gemietet haben. Sie hatten am Abend vor dem Mordanschlag die Sommeroper besucht, wobei sie sich desselben Wagens bedient hatten, in dem sie vor der Villa des Ministers vorfuhren. Der Haupttäter, dessen Leiche von Militär bewacht wird, ist ein ziemlich kräftig gebauter junger Mann von etwa 25 Jahren. Unter seiner ganz neuen Uniform befand sich eine Zivilweste und außerordentlich schmutzige Wäsche. Wie jetzt bekannt wird, wollte bereits vor einigen Tagen ein verabschiedeter Offizier namens Boborykin den Ministerpräsidenten vor einem gegen ihn geplanten Attentat warnen; wurde aber nicht vorgelassen. Am Sonntag nun wurde Boborykin auf Befehl des Ministergehilfen Makarow vernommen. Im Augenblick der Explosion empfing Stolypin zwei Adelsmarschälle, die bezeugen, es hätten zwei bezw. drei Explosionen stattgefunden. Stolypins erste Frage war die nach seiner Familie. Er selbst befreite seine Kinder aus dem Trümmerhaufen. Die 15jährige Tochter, der beide Füße zerschmettert wurden, hat außerdem große klaffende Wunden an anderen Körperteilen davongetragen. Dem Sohne, der erst drei Jahre alt ist, wurde der rechte Hüftknochen gebrochen. An seinem Kopfe wurde ferner eine Rißwunde festgestellt. Der Ministerpräsident besuchte die Kinder im Laufe des Abends zweimal im Hospital. Die Getöteten sind entsetzlich verstümmelt, manche sind geradezu formlose unkenntliche Massen. Vor der Villa liegt zertrümmert die Equipage der Attentäter. Die Attentäter sind junge Leute, deren Personalien noch nicht festgestellt werden konnten.

Der Zar richtete am 25. d. M. noch an Stolypin nachstehendes Telegramm: „Ich finde keine Worte, um meine Entrüstung auszudrücken. Ich danke Gott, daß er Sie beschützte, und hoffe von ganzem Herzen, daß Ihr Sohn und Ihre Tochter bald wieder hergestellt werden, ebenso auch die übrigen Verwundeten. Nikolaus." Stolypin erhielt auch Telegramme von den Großfürsten Wladimir, Konstantin und Alexander, sowie von den Großfürstinnen Elisabeth und Eugenie und dem Grafen Witte. Die Aerzte finden den Zustand der Tochter Stolypins sehr bedenklich.

Die Zarin-Witwe ließ sich nach dem Befinden der Kinder des Ministerpräsidenten erkundigen. In das Peter-Paulshospital wurden 24 Leichname und 22 Verwundete geschafft. Drei der Verwundeten sind beim Verbinden gestorben, außerdem sind noch drei am späten Abend gestorben. Die Gesamtzahl der durch die Explosion Getöteten beträgt mithin 30. Von den Verwundeten wurden vier, die der Teilnahme an dem Verbrechen verdächtig sind, in das Gefängnishospital geschafft.

Politische Rundschau.

Dresden, den 27. August 1906.

— **Der Kaiser** empfing am Sonnabend auf Schloß Wilhelmshöhe den Prinzen Corolath, früher Kommandeur des 7. Kürassierregiments. Der Prinz zeigte dem Kaiser im Park das Quellenfinden mit der Wünschelrute, und zwar mit bestem Erfolg.

— Die vollständige Liste der **Taufpaten des Sohnes des Kronprinzenpaares** weist 19 Paten auf: den Kaiser und die Kaiserin, Prinz Eitel Friedrich, Prinz Heinrich, Prinz Albrecht, Großherzogin Luise von Baden, Prinzessin Fedora von Schleswig-Holstein, Kaiser Franz Josef, König Viktor Emanuel III., Kaiser Nikolaus II., König Eduard VII., König Haakon von Norwegen, Großfürst Michael Nikolajewitsch von Rußland (der Urgroßvater des Täuflings) usw.

— **Der Vertrag mit Tippelskirch** soll nun gelöst werden so meldet ein Berliner offiziöses Blatt. Bekanntlich hat das Zentrum schon am 12. März 1906 die sofortige Lösung gefordert, der Reichstag hat diese auch beschlossen, aber damals entschloß sich die Verwaltung nicht zu diesem Schritte. Wir wollen deshalb auch jetzt abwarten, was weiter geschieht! Gegenüber der Meldung von der Auflösung des Vertrages erfährt die nun aber „Tägliche Rundschau", daß sich bisher für die Kolonialverwaltung noch nicht die geringste Handhabe gefunden habe, von dem Vertrage zurückzutreten. Die Firma ist nach § 2 des Vertrages ausdrücklich ermächtigt, einen Teil ihrer Lieferungen von anderen Firmen zu beziehen mit der Einschränkung, daß die Waren von deutschen Fabrikanten im Inlande angefertigt und in Beschaffenheit den selbstthergestellten gleich sein müssen. Auch auf grund dieses Paragraphen hat sich eine Vertragsverletzung bisher nicht nachweisen lassen.

— Berliner Blättern gehen Nachrichten zu, die darauf hindeuten, daß außer **Major Fischer** auch noch andere Offiziere der Schutztruppe in einem zu freundschaftlichen Verhältnisse zu Herrn v. Tippelskirch gestanden haben. Das Verhältnis habe Beziehungen zur Folge gehabt, die die Herren einer für die Regierung nicht wünschenswerten Kritik aussetzen.

— Die deutsche Kriegsflagge wird bei der **internationalen Flottenschau** in Jamestown gebührend vertreten sein.

— Auf dem deutschen Tage des **Ostmarkenvereins** wurde festgestellt, daß die Deutschen in den Jahren 1896/1903 an die Polen rund 50 000 ha Land verkauft haben, das macht 1 : 100 der Gesamtfläche.

— Die Meldung, daß ein die Enteignung des **polnischen Grundbesitzes** in den Ostmarken bezweckender Gesetzentwurf zu erwarten sei, wird von dem Lokalanzeiger in das Gebiet der Fabel verwiesen.

— Die Sozialdemokraten haben gegen die Gültigkeit der Wahl des **Freisinnigen Cuno** im Reichstagswahlkreise Hagen-Schwelm einen Protest bei dem Reichstag eingereicht, der in der Hauptsache damit begründet wird, daß sich der Regierungspräsident und der Hagener Landrat insofern einer Wahlbeeinflussung schuldig gemacht haben, als sie die Führer der Zentrumspartei zu bestimmen versuchten, in der Stichwahl für den freisinnigen Kandidaten einzutreten.

— **Ueber die Verwendung des Luftschiffes** im Kriege spricht Hiram Maxim, der berühmte englische Kriegstechniker und Erfinder, in einem Artikel, den er in der Daily Mail veröffentlicht. Er erklärt darin die Konstruktion eines solchen Kriegsluftschiffes als sicher bevorstehend, und bemerkt mit Bedauern, daß Deutschland auf diesem Gebiete die Führung hat. Die deutsche Regierung spare kein Geld, um die besten technischen und wissenschaftlichen Kräfte ihres Landes für das Ringen um das Naturgeheimnis zu gewinnen, welches den Bau eines lenkbaren Luftschiffes ermöglicht, durch dessen Besitz Deutschland zum unbeschränkten Herr der Welt werden würde.

— **Ein angeblicher Anhänger der Zentrumspartei in Westfalen** springt dem schlesischen Zentrumsabgeordneten Grafen von Strachwitz in der „Deutschen Tageszeitung" bei. Da der Verfasser des Artikels sich nicht mit seinem Namen nennt, kann niemand kontrollieren, ob diese Behauptung wahr ist: sie hat also gar keinen Wert. Der Verfasser wendet sich fast ausschließlich gegen die „Köln. Volkszeitung", die sich selbst zu verteidigen wissen wird. Aber das eine können wir nicht unterdrücken: es macht gewiß keinen angenehmen Eindruck, wenn ein wirklicher Zentrumsangehöriger sich an ein gegnerisches Blatt wendet, zumal er selbst zugesteht, daß er sich vorher nicht an ein Zentrumsblatt gewendet habe. Mehr Parteidisziplin ist hier unbedingt erforderlich, aber wir halten vorerst die Darstellung, als habe ein tätiger Zentrumsangehöriger jene Zeilen geschrieben, für falsch.

— **Eine Auseinander-Einigung des Mittelstandes?** Unter dieser Spitzmarke schreibt „Das Reich", daß sich in Hannover unter starker Beteiligung eine ganz Deutschland umfassende „Freie Mittelstandsvereinigung" konstituiert habe. Der neue Bund bezweckt die Hebung des Mittelstandes durch Selbsthilfe, ohne Eingreifen der Staatsgesetzgebung. Das antisemitische Blatt schreibt schmerzerfüllt: „Wir können die Art dieser neuen Gründung noch nicht beurteilen, glauben aber, daß es sich hier etwas um unlauteren Wettbewerb der „Mittelstandsvereinigung" gegenüber handelt. Jedenfalls ist es im höchsten Grade bedauerlich, wenn auf solche Weise wieder eine Zersplitterung der Kräfte herbeigeführt wird. Im übrigen wäre eine Selbsthilfe des Mittelstandes ohne Staatsgesetze — das Rezept sieht etwas nach liberalem Manchesterium aus — ebenso undenkbar wie z. B. eine soziale Arbeiterfürsorge ohne das Mitwirken der Regierung und Staatsgesetzgebung." Ganz zutreffend; Staats- und Selbsthilfe müssen neben-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19060828/1